



BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION

B · I · C · C

Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte

Länderportrait Algerien



Quelle: CIA World Factbook

Letzte Aktualisierung: Oktober 2009
Zusammengestellt von: Marc von Boemcken

INHALTSVERZEICHNIS

1	ZUSAMMENFASSUNG.....	3
2	GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	5
2.1	Deutsche Rüstungsexporte nach Algerien.....	5
2.2	Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	6
2.3	Militärausgaben in Algerien.....	7
2.4	Lokale Rüstungsindustrie	8
2.5	Streitkräftestruktur	9
2.6	Bewaffnung der Streitkräfte.....	10
2.7	Rolle des Militärs in der Gesellschaft.....	12
3	INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES EU-VERHALTENSKODEX.....	14
3.1	Einhaltung internationaler Verpflichtungen durch Algerien.....	14
3.2	Achtung der Menschenrechte im Empfängerland.....	15
3.3	Innere Lage im Empfängerland.....	17
3.4	Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	19
3.5	Bedrohung von Alliierten.....	21
3.6	Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	22
3.7	Unerlaubte Wiederausfuhr	24
3.8	Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes.....	24

1 ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Algerien

Seit der Unabhängigkeit Algeriens im Jahre 1962 ist Russland der mit Abstand wichtigste Rüstungslieferant der algerischen Streitkräfte. Im März 2006 wurde das vorerst letzte umfassende Waffengeschäft zwischen Russland und Algerien ausgehandelt, welches mehrere Milliarden US-Dollar umfasst. Die Auslieferung der Flugzeuge, Panzer und verschiedener Luftabwehrsysteme verzögerte sich nach einigen Schwierigkeiten, scheint aber seit Ende 2008 wieder gesichert. Aufgrund der Unstimmigkeiten mit Russland im Kontext des letzten Milliarden schweren Waffengeschäfts, deutete Algerien darauf hin, sich um eine Diversifizierung der Waffenlieferanten zu bemühen. Bereits in den 1980er Jahren hatte Algerien versucht sich aus seiner einseitigen Abhängigkeit gegenüber östlichen Rüstungslieferanten zu lösen. Der Mangel an finanziellen Mitteln im algerischen Beschaffungshaushalt lies dies jedoch nicht in größerem Umfang zu, auch wenn eine Reihe von Verträgen, unter anderem mit Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Tschechien zu Stande gekommen waren. Im internationalen Vergleich ist die Bedeutung deutscher Rüstungslieferungen eher gering. 1982 nahmen die Vereinigten Staaten Algerien in das International Military Education and Training Program (IMET) des Pentagon auf – ein Versuch das Land von seiner engen militärischen Kooperation mit der Sowjetunion zu lösen und den algerischen Waffenmarkt für US-Produkte zu erschließen. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 intensivierten sich die Beziehungen zwischen den USA und Algerien. Besonders Meldungen im Oktober 2003 über eine angebliche Allianz der Salafiyya-Gruppe für Predigt und Kampf (GSPC) mit al-Qaeda bewogen die USA die algerische Strategie der Terrorismusbekämpfung zu unterstützen. Die lokale Rüstungsindustrie ist vergleichsweise unbedeutend, weshalb Algerien auf den Import der meisten Waffensysteme angewiesen ist, um den Rüstungsbedarf seiner Streitkräfte angemessen abdecken zu können.

Die algerische Armee ist die am Besten organisierte Institution des Landes. Viele ehemalige Militärs bekleiden Spitzenpositionen in Politik und Wirtschaft. Einhergehend mit der steigenden Arbeitslosigkeit und den wachsenden wirtschaftlichen Problemen des Landes stellt das Militär zudem einen zunehmend attraktiven Arbeitsplatz dar. Die Streitkräfte spielen eine ausgesprochen einflussreiche Rolle in der algerischen Politik. Der 1999 gewählte Staatspräsident Bouteflika ist nach Einschätzung vieler Analysten und Kommentatoren nichts weiter als eine Marionette des mächtigen Militärapparates.

Kriterien des EU-Verhaltenskodex

Algerien ist den wichtigsten internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten. Auch den wichtigsten internationalen Menschenrechtsabkommen ist Algerien beigetreten. Die algerische Verfassung verspricht einen hohen Grundrechtsschutz und das Land ist seit September 2008 bereits zum zweiten Mal Mitglied im neu gegründeten Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen. Trotzdem bestehen weiterhin gravierende Menschenrechtsverletzungen und es wurden bislang keinerlei Bemühungen von der Regierung unternommen den Verbleib der im Bürgerkrieg „Verschwundenen“ aufzuklären.

Seit mehr als zehn Jahren herrscht in Algerien ein blutiger Bürgerkrieg zwischen der Regierung und islamischen Fundamentalisten. Auslöser war die Verhinderung eines Wahlsieges für die Islamistenpartei Front Islamique du Salut (FIS) durch das Militär in den frühen 1990er Jahren. Insgesamt wird geschätzt, dass zwischen 100.000 und 150.000 Menschen in Folge des Bürgerkrieges ums Leben kamen. Obwohl Präsident Bouteflika 1999 ein Amnestieangebot an die islamistischen Rebellen verkündete, nahm die Gewalt am Anfang des neuen Jahrtausends zunächst merklich zu. In einem Referendum Ende September 2005 hat sich die algerische Bevölkerung zu über 97 Prozent für eine Amnestie aller während der Unruhen

begangenen Straftaten ausgesprochen. Im September 2006 trat die Amnestie schließlich in Kraft; seitdem haben über 400 Guerilla-Kämpfer unter ihren Bedingungen die Waffen niedergelegt. Parallel zu dem inzwischen abklingenden Bürgerkrieg gegen Islamistengruppen schwillt der zweite innere Konflikt zwischen der algerischen Regierung und den Berberstämmen in der Kabylei-Region. Neben der Anerkennung ihrer Sprache und Kultur fordern die Berber vor allem wirtschaftliche und soziale Verbesserungen, wie beispielsweise ein Ende der staatlichen Korruption oder ein Programm zur Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit.

Algeriens Beziehung zum westlichen Nachbar Marokko ist seit der Unabhängigkeit 1962 angespannt. Der Konflikt zwischen beiden Staaten wird insbesondere durch die Unterstützung Algeriens für Unabhängigkeitsbestrebungen in der von Marokko besetzten Westsahara verschärft. Trotz seiner geographischen Entfernung identifiziert sich Algerien offensiv mit den arabischen Interessen im Nahen und Mittleren Osten. Unmittelbar nach der Unabhängigkeit 1962 wurde Algerien Mitglied in der Arabischen Liga. Seither hat es insbesondere den Kampf der Palästinenser gegen Israel massiv unterstützt. Der Staat Israel wird von Algerien nicht anerkannt.

Im Rahmen des von den USA im Jahr 2008 gegründeten neuen militärischen Regionalkommandos Africa Command (AFRICOM), kommt Algerien eine gewichtige Rolle zu, dort unterhalten die USA mittlerweile einen zentralen Kommandostützpunkt.

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da beispielsweise Informationen über einschlägige Gesetze oder authentifizierte Endverbraucher Zertifikate schlichtweg nicht erhältlich sind. Aus der Vergangenheit sind jedoch keine Fälle einer unerlaubten Wiederausfuhr von Rüstungsgütern bekannt.

Die Gefahr, dass in Ägypten unverhältnismäßig hohe Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen ist definitiv gegeben, wenn sich der derzeitige Trend fortsetzt. Die Truppenstärke der Streitkräfte wurde 2008 spürbar erhöht und auch die Militärausgaben sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen.

2 GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

2.1 Deutsche Rüstungsexporte nach Algerien

Tabelle 1: Deutsche Rüstungsexporte nach Algerien nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2007

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert Rüstungsexporte, Millionen Euro
1999	Funkgeräte und Kommunikationsausrüstung: 93,3%;	5,26
2000	Kommunikationsgeräte und -teile: 98,4%;	0,2
2001	Tauchgeräte: 92,6%;	0,74
2002	Überwachungssysteme mit Multisensorplattformen: 96,8%;	10,53
2003	VHF/UHF Sende- und Empfangsgeräte: 87,9%;	1,03
2004	Grabenbagger und Teile für Radfahrzeuge: 82,5 %; Teile für Kommunikationsausrüstung: 12,6 %;	0,18
2005	Mobiles Feldlazarett: 82,2%;	19,03
2006	Teile für Infrarotausrüstung und Überwachungssysteme: 66,5 % Formationsleuchten: 18,9 %	1,8
2007	Keine deutschen Rüstungsexporte	-

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2006, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie: <http://www.bmwi.de>

Schaubild 1: Deutsche Rüstungsexporte nach Algerien, 1999-2006

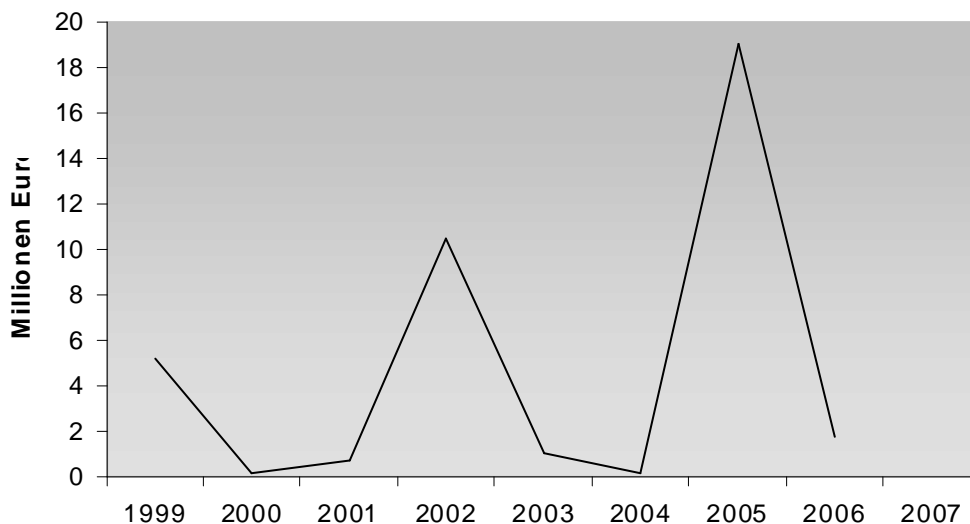


Tabelle 2: Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Algerien, 1999-2008

Anzahl	Bezeichnung	Waffen- kategorie	Bestell- Jahr	Liefer- Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
9	MTU-538	Dieselmotor	1983	1988-2002	9	

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: http://www.sipri.org/contents/armstrad/at_db.html

2.2 Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland

Tabelle 3: Absolute Höhe der Rüstungsexporte nach Algerien 2004-2008, Mio. USD

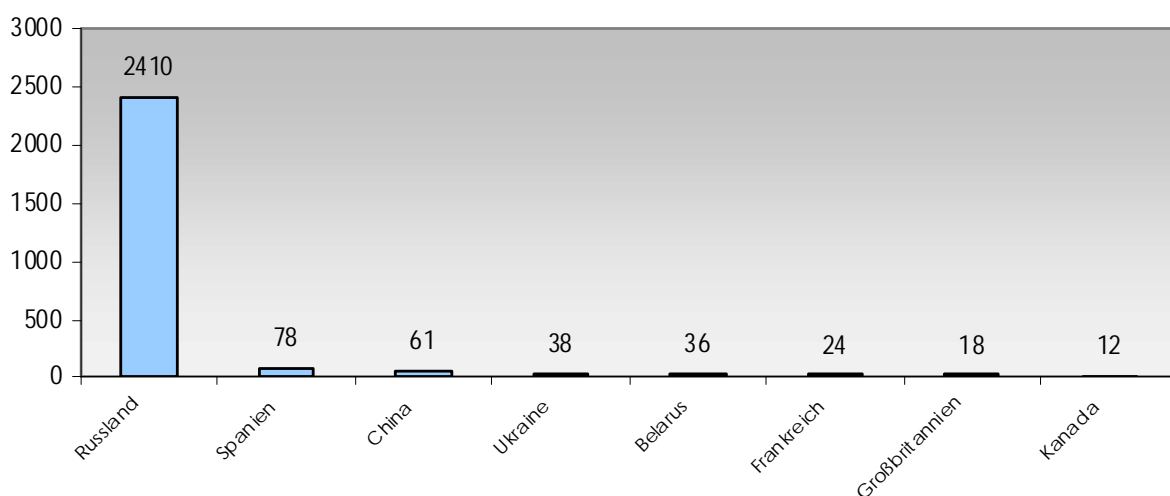
Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2004- 2008
Summe	272	156	188	471	1590	2.677

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr
Quelle: SIPRI Jahrbuch 2009

Tabelle 4: Deutsche Rüstungsexporte nach Algerien 2004-2008, Mio. USD

Da Deutschland keine kompletten Großwaffensysteme nach Algerien lieferte, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Schaubild 2: Wichtigste Lieferanten von Rüstungsgütern nach Algerien 2004-2008, Mio. US



Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/values.php

Kommentar:

Laut SIPRI-Jahrbuch 2009 nahm Algerien 2004-2008 die 13. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein.

Seit der Unabhängigkeit Algeriens im Jahre 1962 ist Russland der mit Abstand wichtigste Rüstungslieferant der algerischen Streitkräfte. 1993 stammten schätzungsweise 90 Prozent der Waffenbestände aus der ehemaligen Sowjetunion, die vor allem in den 1970er und 1980er Jahren modernste Waffensysteme wie beispielsweise den MiG-25 Abfangjäger oder T-72 Kampfpanzer nach Algerien exportierte. Im März 2006 wurde das vorerst letzte umfassende Waffengeschäft zwischen Russland und Algerien ausgehandelt, welches mehrere Milliarden US-Dollar umfasst. Die Auslieferung der Flugzeuge, Panzer und verschiedener Luftabwehrsysteme verzögerte sich nach einigen Schwierigkeiten (s.u.), scheint aber seit Ende 2008 wieder gesichert.

1982 nahmen die Vereinigten Staaten Algerien in das International Military Education and Training Program (IMET) des Pentagon auf – ein Versuch das Land von seiner engen militärischen Kooperation mit der Sowjetunion zu lösen und den algerischen Waffenmarkt für US-Produkte zu erschließen. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 intensivierten sich die Beziehungen zwischen den USA und Algerien. Besonders Meldungen im Oktober 2003 über eine angebliche Allianz der Salafiyya-Gruppe für Predigt und Kampf (GSPC) mit al-Qaeda bewogen die USA die algerische Strategie der Terrorismusbekämpfung zu unterstützen. Dies bedeutete nicht nur eine Zunahme von US-amerikanischen Waffenlieferungen nach Algerien, sondern auch eine verstärkte militärische Zusammenarbeit. Bereits im Januar 2002 führten die Vereinigten Staaten und Algerien gemeinsame Manöver durch und bildeten eine bilaterale Sicherheitskommission zur Überwachung und Verfolgung mutmaßlicher islamischer Terroristen.

Aufgrund der Unstimmigkeiten mit Russland im Kontext des letzten Milliarden schweren Waffengeschäfts, deutete Algerien darauf hin, sich um eine Diversifizierung der Waffenlieferanten zu bemühen. Bereits in den 1980er Jahren hatte Algerien versucht sich aus seiner einseitigen Abhängigkeit gegenüber östlichen Rüstungslieferanten zu lösen. Der Mangel an finanziellen Mitteln im algerischen Beschaffungshaushalt lies dies jedoch nicht in größerem Umfang zu, auch wenn eine Reihe von Verträgen, unter anderem mit Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Tschechien zu Stande gekommen waren. Besonders erwähnenswert ist die Lieferung von 6 hochmodernen Beech 1900 Aufklärungsflugzeugen von den USA zwischen 2001 und 2002. Seit den Anschlägen des 11. September 2001 haben die Vereinigten Staaten ihre bisherigen Bedenken bezüglich der miserablen Menschenrechtssituation im Land zurückgesetzt und unterstützen die algerischen Streitkräfte verstärkt mit anti-Guerrilla-Ausrüstung, darunter insbesondere Nachtsichtgeräte, für den Kampf gegen die islamistischen Rebellengruppen.

Im Juni 2008 unterzeichnete Algerien nun ein historisches Verteidigungs-Abkommen mit der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich. Im Rahmen dessen werden derzeitige Verhandlungen über vier FREMM Mehrzweck Fregatten vermutet. Ebenso soll Frankreich Algerien seinen Eurocopter und Grenzüberwachungs-ausrüstungen für die Sahara angeboten haben.

2.3 Militärausgaben in Algerien

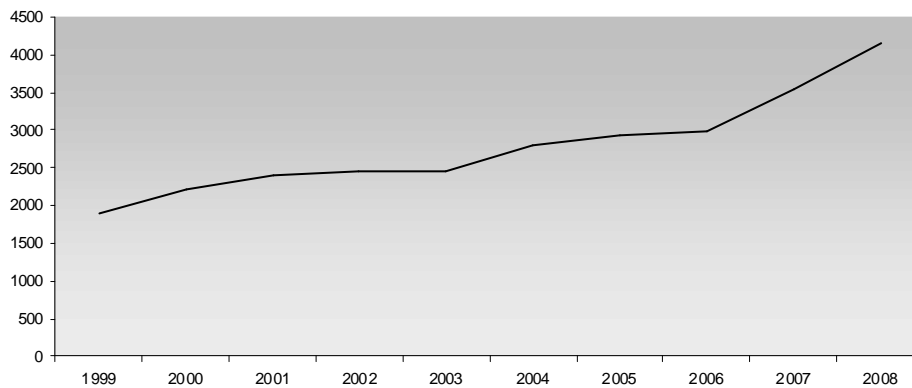
Tabelle 5: Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

	2004	2005	2006	2007	2008
Militärausgaben	2801	2925	2992	3515	4156
Anteil am BIP (in Prozent)	3,2	2,8	2,6	2,8	2,9
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	15,2	-	15,3	15,7	-

Alle Angaben in constant Mio. US\$ (2005). Die Angaben „Anteil am BIP“ für das Jahr 2008 basiert auf Schätzungen. Quelle: SIPRI Jahrbuch 2009, Internationaler Währungsfond, World Development Indicators

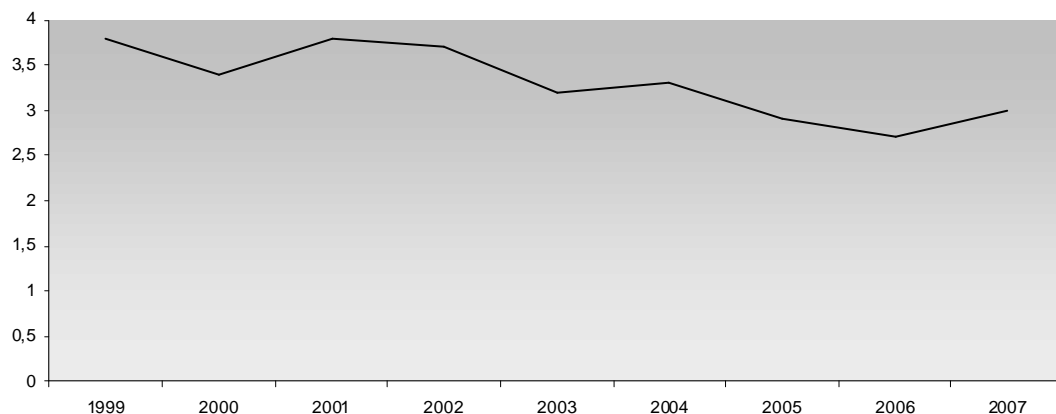
*Daten über den Anteil der Militärausgaben an den Staatsausgaben sind kritisch zu betrachten. Lückenhafte und unzureichende Daten lassen eine genaue Abbildung nur bedingt zu.

Schaubild 3: Absolute Militärausgaben, Trend 1999 – 2008 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen 1998-2008
Quelle: SIPRI Jahrbuch 2009

Schaubild 4: Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 1999 – 2007 (in Prozent)



Quelle: SIPRI Jahrbuch 2009

2.4 Lokale Rüstungsindustrie

Um den Rüstungsbedarf seiner Streitkräfte angemessen abdecken zu können, ist Algerien nach wie vor auf den Import der meisten Waffensysteme angewiesen. Während der 1990er Jahre wurden die größten Fortschritte im Bereich der Rüstungsproduktion von der Marinewerft im Hafen von Mers-el-Kébir erzielt, wo leichte Kriegsschiffe produziert werden konnten. In den letzten Jahren wurden dort insbesondere Küstenwachboote der Kebir-Klasse aus ursprünglich französisch-britischer Produktion in Lizenz hergestellt sowie mit bulgarischer Hilfe die Endfertigung von zwei Djebel Chinoise Korvetten vorgenommen. Darüber hinaus ist allerdings nur noch die Lizenzherstellung von Militärlastwagen mit französischer Unterstützung erwähnenswert.

Im April 1991 hieß es aus Kreisen der US-amerikanischen Nachrichtendienste, Algerien habe mit chinesischer Hilfe eine nukleare Reaktoranlage errichtet, die mittelfristig dazu in der Lage

sei, waffenfähiges Plutonium herzustellen. Die algerische Regierung bestand zwar auf der ausschließlich zivilen und friedlichen Nutzung der Anlage, auf Druck der Vereinigten Staaten willigte sie aber 1992 schließlich in IAEA Kontrollen ein. 1995 trat Algerien dem Atomwaffensperrvertrag bei.

2.5 Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: ja, 18 Monate (Heer)

Gesamtstärke der Streitkräfte:

- ca. 147.000 Aktive; zusätzlich etwa 150.000 Reservisten
- Davon Heer (ANP): 127.000
- Marine (ANN): ca. 6.000 (einschl. Küstenwache)
- Luftwaffe (QJA): 14.000

Paramilitärische Einheiten: ca. 187.200

- Gendarmerie (dem Verteidigungsministerium zugeordnet): 20.000
- Nationale Sicherheitskräfte (Direktorat für Nationale Sicherheit): 16.000
- Republikanische Garde: 1.200
- Kommunale Verteidigungsgruppen, Milizen: noch ca. 150.000

Quelle:

IISS Military Balance 2009

Kommentar:

Algerien verfügt über eine vergleichsweise große und gut ausgerüstete Armee unter dem Oberkommando des Präsidenten. Hervorgegangen aus dem Unabhängigkeitskrieg gegen Frankreich in den 1950er Jahren, bestanden die algerischen Streitkräfte ursprünglich fast ausnahmslos aus leichten, beweglichen Einheiten, die auf Guerrillakriegsführung spezialisiert waren. Gegen den Widerstand vieler alter Veteranen des Unabhängigkeitskrieges gelang es dem sozialistischen Präsidenten Boumediene allerdings in den 1960er und 1970er Jahren, nach und nach die Armee zu einer modernen, konventionellen Streitmacht nach dem Vorbild sowjetischer Militärdoktrin umzuwandeln. Während dieser Zeit wurden nicht nur tausende algerische Offiziere an sowjetischen Militärakademien ausgebildet, auch die schweren Waffensysteme stammten fast ausnahmslos aus sowjetischer Produktion. Nach einer militärischen Niederlage Algeriens in einem kurzen Grenzkrieg gegen Marokko 1976 wurden die Streitkräfte erheblich vergrößert und aufgerüstet. Im Zuge eines Bürgerkrieges nach Ende des Kalten Krieges gegen islamistische Gruppierungen erfuhr die algerische Armee eine erneute Umstrukturierung. Der Schwerpunkt algerischer Militärstrategie während der 1990er Jahre fußte nun weniger auf der Vorbereitung für eine Landesverteidigung gegen mögliche externe Bedrohungen: Nicht zuletzt die Gründung der Maghreb Union 1989 hatte die Wahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios stark vermindert und machte die Konzentration der Armee auf die Niederschlagung interner Unruhen notwendig.

Wieder einmal standen kleine, leichte Infanteriegruppen statt schwerer Kampfverbände im Vordergrund der auf Anti-Guerrillakriegsführung ausgerichteten taktischen Überlegungen. Übungen auf Bataillonsebene oder höher wurden kaum noch durchgeführt, die Wartung des schweren Gerätes häufig vernachlässigt. Nachdem sich 2003 und 2004 ein Ende der Gewaltwelle abzuzeichnen begann, wurde allerdings darüber nachgedacht, die Streitkräfte wieder nach konventionellem Muster zu organisieren.

Mehr als 10 Jahre Bürgerkrieg in Algerien haben neben den regulären Streitkräften einen ausgesprochen starken paramilitärischen Sicherheitsapparat geschaffen. Vor allem die Bewaffnung von teilweise bis zu 500.000 in kommunalen Milizen organisierter „Patrioten“ zur eigenständigen Bekämpfung der Islamisten hat im Laufe der 1990er Jahre nicht nur zu einer zunehmenden Militarisierung der algerischen Gesellschaft beigetragen, sondern gleichzeitig auch das staatliche Gewaltmonopol in nicht geringem Maße geschwächt. Nachdem sich

der Bürgerkrieg 2003 seinem Ende näherte, hat Algerien jedoch damit angefangen, die Milizen wieder aufzulösen und zu entwaffnen. Die damit einhergehende Schaffung mehrerer hunderttausend Arbeitsloser wird allerdings den sich zuspitzenden sozialen Konflikt in Algerien vermutlich noch weiter verschärfen.

Tabelle 5: Stärke der Streitkräfte, Trend 1998-2008

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Aktive in 1.000 (IISS)	124,0	136,7	127,5	127,5	137,5	137,5	137,5	137,5	147,0
Soldaten auf 1.000 Einwohner (BICC-Berechnungen)	3,9	4,2	3,9	4,0	4,2	4,2	4,1	4,0	4,3

Quellen:

IISS Military Balance, 2000-2008
UN-Statistics

Kommentar:

Mitte der 1980er Jahre erreichte die Personalstärke der algerischen Streitkräfte ein Hoch von insgesamt rund 170.000 Soldaten. 1990 war diese Zahl aber bereits auf etwa 150.000 Mann gesunken. Dieser Abwärtstrend setzte sich in den frühen 1990er Jahren, trotz Beginn des Bürgerkrieges, fort. 1995 zählte das algerische Militär weniger als 122.000 Soldaten. Seitdem ist allerdings wieder ein geringer Anstieg zu verzeichnen (siehe Tabelle 3).

Quelle: CSIS, The Military Balance in North Africa

2.6 Bewaffnung der Streitkräfte

Heer:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	Mehr als 995	
Aufklärer	90	
Gepanzerte Schützenradpanzer	1040	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	750	
Artillerie	1019	
Panzerabwehr	Mehr als 680	
Luftabwehr	Mehr als 288	

Kommentar:

Traditionell war die Aufgabe des Heeres die Verteidigung und Überwachung der langen algerischen Landesgrenze zu Marokko, Tunesien, Libyen, Niger, Mali und Mauretanien. Auf Grund der Spannungen mit Marokko wurde die Personalstärke der Landstreitkräfte in den späten 1970er Jahren fast verdoppelt. Das Heer ist die einzige Truppenart, die Wehrpflichtige für eine Dauer von 18 Monaten einberuft. Mit rund 1.000 Kampfpanzern verfügt es zudem über eine beachtliche Anzahl schwerer Waffensysteme, die allerdings auch vielfach veraltet sind. Die Bewaffnung ist vor allem sowjetischer bzw. russischer Bauart.

Vor dem Hintergrund des Bürgerkrieges in den 1990er Jahren investierte das Militär vor allem in die Aufrüstung des Heeres, dessen Aufgabenspektrum nun zunehmend durch die Unterstützung der Gendarmerie und anderer paramilitärischen Kräfte im Kampf gegen die Islamistische Heilsfront (FIS) erweitert wurde. Die gerade auch in der Wüste für eine derartige Kriegsführung benötigten Fähigkeiten, insbesondere Luftlandkapazitäten, genossen

während dieser Zeit eine vorrangige Förderung. 1999 lieferten die Vereinigten Staaten ein komplettes C³I elektronisches Kampfführungssystem nach Algerien. Auch schwere Waffensysteme, zum Beispiel T-72 Kampfpanzer aus der Ukraine und der Tschechischen Republik wurden in den 1990er von Algerien angeschafft. In jüngster Zeit wird das Heer auch für den Nachtkampf ausgerüstet. Nachdem das Land bereits 2000 aus Katar und 2003 aus den Vereinigten Staaten größere Lieferungen von Nachtsichtbrillen erhielt, lieferte Deutschland 2003 zusätzlich Wärmebildgeräte nach Algerien.

Marine:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	2	
Fregatten	3	
Korvetten	6	
Patrouillenboote	20	Von den 9 Osa II sind 3 Schiffe wahrscheinlich nur noch eingeschränkt funktionstüchtig
Amphibienfahrzeuge	3	
Logistik und Unterstützung (Schiffe)	10	

Kommentar:

Die algerische Marine wurde mit Hilfe der Sowjetunion in den 1980er Jahren erheblich vergrößert und modernisiert, besonders durch die Beschaffung der zwei Unterseeboote und zwei Fregatten der Koni Klasse. Ziel war die Projektion algerischer Militärmacht auch über die Küstengewässer hinaus. Mit der Neuorientierung des Militärs hin zur Niederschlagung interner Aufstände in den 1990er Jahren verlor die Marine allerdings an Bedeutung. Mit Ausnahme der Lieferung einer französischen Korvette 1995 gab es seit dieser Zeit keine größeren Beschaffungen. Mit russischer Hilfe wurde allerdings 2001 eine Rundumerneuerung der beiden Fregatten und einer Korvette durchgeführt.

Im Gegensatz zum Heer verfügt die Marine nicht ausschließlich über schwere Waffensysteme östlicher Bauart. Vor allem Frankreich und Großbritannien haben bereits in den 1980er Jahren Algeriens Marine mit Korvetten und Küstenwachbooten beliefert, sowie kleinere Technologietransfers in diesem Bereich ermöglicht.

Luftwaffe:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	55	
Abfangjäger	92	28 MiG-29SMT gekauft, der Kauf weiterer 4 ist vorerst verschoben
Aufklärer	8	Alle kampffähig
Küstenpatrouille	6	Zusätzliche Einheiten bestellt
Tankschiffe	6	
Transportflugzeuge	38	
Ausbildungsflugzeuge	89	10 weitere Yak-130 folgen nach 2009
Kampfhubschrauber	33	
Transporthubschrauber	114	
Ausbildungshubschrauber	28	
Luftabwehr	Ca. 140	
Raketen	k.A.	u.a.: AS-12 Kegler, AA-10 Alamo

Kommentar:

Die algerische Luftwaffe wurde 1962 gegründet und kurz nach den Zusammenstößen mit marokkanischen Streitkräften Mitte der 1970er Jahre erheblich erweitert. Die Ausbildung der Piloten wurde anfangs zum größten Teil in der Sowjetunion, später aber auch mit ägyptischer, pakistanischer und syrischer Hilfe durchgeführt. Nicht zuletzt wegen der Weiträumigkeit des häufig unwegsamen Landes ist es die vorrangige Aufgabe der Luftwaffe, Luftunterstützung für die Marine und besonders für das Heer bereitzustellen.

Seit 2000 ist Modernisierung der Luftwaffe die wichtigste Aufgabe der algerischen Streitkräfte. Die größten Rüstungszukäufe der letzten Jahre waren daher für die Luftstreitkräfte bestimmt. In Russland wurde kürzlich eine Kampfwertsteigerung der Su-24 Jagdbomber vorgenommen. 2003 lieferte Moskau zudem zu einem verhältnismäßig billigen Preis bewaffnete 30 Mi-171 Transporthubschrauber mit spezieller Ausrüstung für Nachteinsätze. Im Juni 2004 wurde bekannt, dass Algerien zu einem Stückpreis von 30 Millionen USD 50 russische Abfangjäger MiG-29MT bestellt hat – zusätzlich zu den 28 MiG-29, die seit 1999 aus Belarus geliefert werden.

Im Rahmen des 2006 mit Russland unterzeichneten Milliarden Deals über unter anderem 28 Su-30MKA, 34 MiG-29 und 16 YAK-130 kam es zu Verstimmungen da Algerien nach der ersten Auslieferung von 15 Flugzeugen durch Russland zu Beginn 2008 diese umgehend zurück sandte und die gesamte Bestellung vorerst ruhen lies. Grund hierfür war nach algerischen Angaben der Zustand einiger Flugzeuge, der von algerischer Seite als nicht neuwertig bewertet wurde. Nachdem Russland offenbar angeboten hatte, die MiG-29 zurückzunehmen, wenn Algerien dafür modernere und teurere Flugzeuge, wie etwa das MiG-35, kaufen würde, wurde die wiederaufgenommene Lieferung von russischer Seite im Juni 2008 als Zeichen der Normalisierung und vertraglichen Einhaltung bewertet. Die ersten 6 der 16 Yak-130 werden nun nicht wie ursprünglich geplant noch 2009, sondern erst 2010 ausgeliefert werden. Die 28 Su-30 MKA wurden Ende 2009 von Russland an Algerien ausgeliefert.

Paramilitärische Einheiten:

- Gendarmerie (dem Verteidigungsministerium zugeordnet): Aufklärungfahrzeuge (AML-60/110 M-3 Panhard); gepanzerte Personenfahrzeuge (100 Fahd); Helicopter (PZL Mi-2 Hoplite)
- Nationale Sicherheitskräfte (Direktorat für Nationale Sicherheit): Kleinwaffen
- Republikanische Garde: Aufklärungsfahrzeuge (AML-60), gepanzerte Fahrzeuge (M-3)
- Kommunale Verteidigungsgruppen, Milizen: k.A.

Peacekeeping:

- Demokratische Republik Kongo (MONUC): 6 Beobachter

Quelle: IISS Military Balance 2009

2.7 Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die Nationale Volksarmee Algeriens (Armée Nationale Populaire: ANP) konstruiert ihre Identität aus einer im kollektiven Gedächtnis des Landes verankerten Kriegerkultur, die ihren historischen Ursprung in den gemeinsamen Befreiungskämpfen gegen verschiedene Invasoren hat. Zuletzt erhoben sich die Algerier 1954 gegen die mehr als hundert Jahre andauernde französische Besatzung, was zu einem achtjährigen, blutigen Unabhängigkeitskrieg führte. Ganz im Geiste von Frantz Fanon verstand sich die ANP als Befreiungsarmee des ganzen algerischen Volkes gegen fremde Unterdrückung und Kolonisation. Während dieser Zeit sind auch spätere Grundprinzipien und Strukturen der algerischen Streitkräfte entstanden.

Bemerkenswert ist, dass sich – um die revolutionäre und volksnahe Tradition zu erhalten – soziale Klassenunterschiede nicht unbedingt in der Trennung zwischen Offizier- und Mannschaftsdienstgraden widerspiegeln. So erhalten Offiziere weder besondere Privilegien, noch übermäßig hohe Gehälter. Sie tragen keine prunkvollen Uniformen, um sich von einfachen Dienstgraden abzugrenzen. Auch gibt es keine aufwendigen und pompösen Zeremonien, um die Zugehörigkeit zum Offizierkorps rituell zu betonen. Um dieses Gleichheitsprinzip symbolisch darzustellen, gab es beispielsweise bis 1984 keine Generalsränge in den algerischen Streitkräften. Der höchste Dienstgrad war „Oberst“.

Dennoch bleibt die ANP bis heute die am Besten organisierte Institution des Landes. Viele ehemalige Militärs bekleiden Spitzenpositionen in Politik und Wirtschaft. Einhergehend mit der steigenden Arbeitslosigkeit und den wachsenden wirtschaftlichen Problemen des Landes stellt das Militär einen zunehmend attraktiven Arbeitsplatz dar.

Die Streitkräfte spielen auch eine ausgesprochen einflussreiche Rolle in der algerischen Politik. Bereits kurz nach der Unabhängigkeit 1962 kam es zu einem erbitterten Machtkampf zwischen der zivilen und der militärischen Führung, der schließlich 1965 in einen Militärcoup unter Oberst Houari Boumediene mündete. Danach war die zentrale Machtposition der ANP in der Landespolitik zwar fest verankert, zu einer Militärdiktatur entwickelte sich Algerien jedoch nicht. Die politische Einflußnahme der Streitkräfte blieb eher implizit, wurde also nicht nach Außen hin propagiert. Zum Beispiel trat Präsident Boumediene niemals in der Öffentlichkeit in einer Militäruniform auf, um zumindest ostentativ den Eindruck eines zivilen staatlichen Primats zu wahren. Gleichzeitig haben sich die demokratischen Institutionen weiter entwickelt. So wurde nach Boumediene's Tod 1978 Oberst Chadli Benjedid sein in direkter Wahl vom algerischen Volk bestätigter Nachfolger. Allerdings büßte die ANP auch unter Benjedid keinesfalls ihre besondere Machtstellung ein. Während soziale Unruhen Ende der 1980er Jahre immer wieder unter exzessiver Gewaltanwendung niedergeschlagen wurden, waren es die Generäle, die hinter den Kulissen die politischen Entscheidungsprozesse dominierten und maßgeblich mitbestimmten. Zu dieser Zeit verlor das Militär seinen durch den Befreiungskrieg ehemals populären Rückhalt im Volk.

Die Vormachtstellung der ANP wurde besonders deutlich, als das Militär 1991 erneut einen Staatsstreich durchführte, diesmal um einen demokratischen Wahlsieg der Front Islamique du Salut (FIS) zu verhindern. Dieser Putsch löste einen langjährigen und äußerst blutigen Bürgerkrieg aus, in Folge dessen der politische Einfluß der Streitkräfte noch weiter anstieg. Der 1999 gewählte Staatspräsident Bouteflika war nach Einschätzung vieler Analysten und Kommentatoren nichts weiter als eine Marionette des mächtigen Militärapparates.

Bei den Präsidentschaftswahlen im April 2004 wurde Bouteflika mit großer Mehrheit wiedergewählt. Die Militärführung hatte zwar vorher öffentlich verkündet, sie hätte keinen bevorzugten Kandidaten und stünde der Wahl politisch neutral gegenüber. Es ist allerdings kaum damit zu rechnen, dass es seit 1999 wesentliche Veränderungen bezüglich der politischen Rolle der Streitkräfte gegeben hat.

Auch die öffentliche Aufarbeitung der zahlreichen vom algerischen Militär begangenen Menschenrechtsverbrechen während des Bürgerkrieges in den 1990er Jahren ist noch alles andere als abgeschlossen und wird von der Regierung nach wie vor verhindert.

3 INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES EU-VERHALTENSKODEX

3.1 Einhaltung internationaler Verpflichtungen durch Algerien

Mitgliedschaft in zentralen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status Algerien	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1925	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch 2009
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Unterschrieben , nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch 2009
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009

Kommentar:

Algerien ist den wichtigsten internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten. Auch dem bislang noch nicht inkraftgetretenen Pelindaba Vertrag (atomwaffenfreie Zone Afrika) ist Algerien schon beigetreten. In Bezug auf die Anti-Personenminen-Konvention weist der Landmine Monitor Report 2006 auf einige bestehende Probleme hin:

Derzeit sind keine Sanktionen gegen Algerien implementiert.

Algeria completed its stockpile destruction on 21 November 2005. A total of 150,050 antipersonnel mines of 10 different types were destroyed in 12 destruction events over the course of a year. Algeria served as co-chair of the Standing Committee on Mine Clearance, Mine Risk Education and Mine Action Technologies from December 2004 until December 2005. From November 2004 to 31 March 2006, the army discovered and destroyed 190,858 emplaced antipersonnel mines (six percent of the three million-plus mines on Algeria's eastern and western borders). Algeria also destroyed 10,996 antipersonnel mines laid by its army during the struggle with insurgent groups in the 1990s. In May 2006, the government and UN Development Programme negotiated a cooperation agreement on mine action. There was a significant increase in casualties from mines, unexploded ordnance and victim-activated improvised explosive devices in 2005, with at least 15 people killed and 36 injured.

Quelle: <http://www.icbl.org/lm/country/algeria/>

3.2 Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

3.2.1 Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status Algerien	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 7. März 1966	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19. Dezember 1966	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) vom 18. Dezember 1979	Beigetreten (unter Vorbehalt)	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW von 1999	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10. Dezember 1984	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie von 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten von 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org

3.2.2 Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis in Algerien, 2008 (2009)

While the law provided for the right to change the government through elections, restrictions on freedom of association significantly limited citizens' ability to do so. Other human rights problems included failure to account for persons who disappeared in detention during the 1990s, reports of abuse and torture, official impunity, abuse of pretrial detention, poor prison conditions, limited judicial independence, and restrictions on freedom of speech, press, and assembly. There were also increased limitations on religious freedom and problems with security-based restrictions on movement, corruption and lack of government transparency, discrimination and violence against women, and restrictions on workers' rights. Armed groups committed a significant number of abuses against civilians, government officials, and members of security forces.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2008, <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2008/nea/119112.htm>

3.2.3 Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2009

Personen unter Terrorismusverdacht wurden ohne Kontakt zur Außenwelt in Haft gehalten und nach unfairen Gerichtsverfahren verurteilt. Die Behörden schikanierten weiterhin Menschenrechtsverteidiger und Journalisten. Menschen, die vom Islam zu einer anderen Religion konvertierten oder die vermeintlich die Grundsätze des Islam beleidigt hatten, wurden strafrechtlich verfolgt. Migranten ohne regulären Aufenthaltsstatus waren weiterhin

von Festnahmen, unbefristeter Inhaftierung, Misshandlungen und Massenausweisungen bedroht. Hunderte von Personen wurden zum Tode verurteilt, es gab jedoch keine Hinrichtungen. Mitglieder bewaffneter Gruppierungen und Angehörige der Sicherheitskräfte, die während des internen Konflikts in den 1990er Jahren schwerste Menschenrechtsverletzungen begangen hatten, blieben weiterhin straffrei: Die Regierung unternahm auch 2008 keinerlei Schritte, um die eklatanten und weit verbreiteten Menschenrechtsverstöße durch bewaffnete Gruppierungen und Staatssicherheitskräfte während des internen Konflikts in den 1990er Jahren zu untersuchen. Der Konflikt hatte rund 200000 Menschen das Leben gekostet.

Quelle: Jahresbericht 2009 von amnesty international
<http://www.amnesty.de/jahresbericht/2009/algerien>

3.2.4 Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House (2009)

Bewertung für Algerien auf einer Skala von 1 für völlig frei bis 7 für völlig unfrei:

- Bürgerliche Rechte: 5
- Politische Rechte: 6
- Gesamtbewertung: Nicht frei

Die Bewertung des Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Experten, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht wird.

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House (2009):

The security situation in Algeria worsened in 2008, as the terrorist group Al-Qaeda in the Islamic Maghreb continued to attack military, government, and foreign targets in the country. In June, President Abdelaziz Bouteflika appointed Ahmed Ouyahia as prime minister, a post he had first held under the military-dominated regime of the 1990s. The appointment was seen as a sign that the military, never far from politics, was returning to a certain level of prominence. Separately, the parliament in November overwhelmingly passed constitutional changes that would allow Bouteflika to seek a third term in 2009.

Quelle: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=22&year=2009&country=7552>

Kommentar:

Auch wenn weiterhin Menschenrechtsverletzungen bestehen und der Verbleib der „Verschwundenen“ bislang noch nicht aufgeklärt wurde, verspricht die algerische Verfassung doch einen hohen Grundrechtsschutz und das Land ist den wichtigsten internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten. Seit September 2008 ist Algerien bereits zum zweiten Mal Mitglied im neu gegründeten Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen.

3.3 Innere Lage im Empfängerland

Politisches System; Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtiges Amtes (Stand: April 2009):

Nach der Verfassung von 1996 ist Algerien eine parlamentarische Demokratie, die auf den Säulen von Arabität, Islam und Berberität beruht. Der Präsident wird für fünf Jahre direkt gewählt. Die bisher bestehende Beschränkung auf zwei Amtszeiten wurde durch eine Verfassungsänderung im November 2008 aufgehoben. Am 9. April 2009 wurde der seit 1999 amtierende Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika für eine dritte Amtszeit wiedergewählt. Über 90 Prozent der Wähler stimmten für ihn; ernstzunehmende Gegenkandidaten gab es nicht. Die Wahlbeteiligung lag offiziellen Angaben zufolge bei fast 75 Prozent.

Neben der nach Verhältniswahlrecht (mit Fünfprozent-Klausel) gewählten Nationalversammlung (Assemblée Populaire Nationale) besteht eine zweite Kammer (Conseil de la Nation oder Sénat), deren Mitglieder zu einem Drittel vom Präsidenten bestimmt und zu zwei Dritteln von den Gemeindevertretern gewählt werden. Der Senatspräsident vertritt den Staatspräsidenten.

Der Verwaltungsaufbau des Landes ist zentralistisch. Das Land ist in 48 Regierungsbezirke, "Wilayate", untergliedert, denen jeweils ein Wali (Gouverneur) vorsteht. Dieser wird vom Präsidenten ernannt und ist dem Innenministerium in Algier unterstellt.

Quelle: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Algerien/Innenpolitik.html>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perception Index (2009):

Im Jahresbericht 2009 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politikern durchgeführt wurden, liegt Algerien auf Platz 111 (2008: Platz 92), zusammen mit Ägypten, Djibouti, Indonesien, Kiribati, Sao Tome und Principe, den Salomonen und Togo. Deutschland liegt auf Platz 14.

Quelle.: http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2009/cpi_2009_table

Kommentar:

Korruption stellt ein großes Problem in der algerischen Politik dar. So hat zum Beispiel das Erdbeben vom Mai 2003 die potentiell katastrophalen Folgen von Korruption im Bausektor auf tragische Weise verdeutlicht. Mangelnde Einhaltung von Bauvorschriften war ein wesentlicher Grund für die mehr als 2.300 Todesopfer des Erdbebens.

Innere Konflikte und Spannungen:

Der Islamistenaufstand

Spannungen zwischen islamischen Fundamentalisten und dem „sozialistischen“ Regime Algeriens reichen zurück bis in die frühen 1980er Jahre. Nach einer blutigen Auseinandersetzung an der Universität von Algiers im November 1982 wurden Islamistengruppen gezielt vom Staat verfolgt. Viele Imame und Intellektuelle, denen fundamentalistisches Gedankengut nachgesagt wurde, landeten im Gefängnis. Dennoch erfuhren die Islamisten im Laufe der 1980er Jahre einen steigenden Rückhalt in der algerischen Bevölkerung. Die Hauptursache war wohl die wachsende Enttäuschung über die korrupte staatliche Wirtschaftspolitik und die damit einhergehenden ökonomischen und sozialen Probleme.

1988 kam es zum ersten offenen Aufstand, der allerdings von staatlichen Sicherheitskräften brutal niedergeschlagen wurde. Einige hundert, vielleicht sogar tausend Demonstranten

fanden den Tod im Kugelhagel der Polizei. Als Reaktion auf den Unmut der Bevölkerung regte Präsident Benjedid politische Reformen an. Im Zuge dieser Reformen wurde schließlich auch die Islamistenpartei Front Islamique du Salut (FIS) für Wahlen zugelassen.

Insbesondere in den ärmeren Bevölkerungsschichten und der Arbeiterklasse war die FIS schnell sehr erfolgreich. Als sich 1991 ein Wahlsieg für die FIS abzuzeichnen begann, unterbrach das Militär allerdings den Urnengang. Anfang 1992 wurde die Partei dann verboten und die Militärführung verhängte den Ausnahmezustand. Die Islamisten reagierten ihrerseits mit Gewalt. Trotz massiver Militäroperationen gegen islamistische Guerrillagruppen und einer groß angelegten Verhaftungswelle gelang es den algerischen Streitkräften in den folgenden Jahren jedoch nicht, den nunmehr entfachten Bürgerkrieg erfolgreich einzudämmen oder gar zu beenden.

Im Zeitraum zwischen 1993 und 1995 forderten die Kämpfe wöchentlich manchmal über 500 Todesopfer, darunter auch immer häufiger Zivilisten, die offensichtlich von allen beteiligten Kriegsparteien gezielt massakriert wurden. Insgesamt wird geschätzt, dass in den 1990er Jahren zwischen 100.000 und 150.000 Menschen in Folge des Bürgerkrieges ums Leben kamen. Mit Berichten über immer neue Greuelthaten, die von Islamistengruppen gegenüber Zivilisten verübt wurden, verloren die Guerrillaverbände gegen Ende der 1990er Jahre ihre einstige Unterstützung in der algerischen Bevölkerung, wodurch ihre Schlagkraft erheblich beeinträchtigt wurde. Im September 1997 entspannte sich der Bürgerkrieg etwas, als der bewaffnete Arm der FIS, die Islamische Armee des Heils (AIS), die Einstellung von Kampfhandlungen verkündete. Andere militante Islamistengruppen, allen voran die Groupe Islamique Armee (GIA) und die Groupe salafiste pour la prédication et le combat (GSPC), setzten indes ihren Kampf fort.

Obwohl Präsident Bouteflika 1999 ein Amnestieangebot an die Rebellen verkündete, nahm die Gewalt am Anfang des neuen Jahrtausends zunächst merklich zu. Zwar waren von den ehemals etwa 27.000 Guerrillakämpfern nur noch etwa 700 in GIA und GSPC aktiv, im Jahr 2001 kamen aber nach offiziellen Angaben immer noch ca. 1.900 Menschen gewaltsam im Bürgerkrieg zu Tode, darunter wieder viele hundert Zivilisten. Internationale Aufmerksamkeit erregte der Konflikt zwei Jahre später als eine Gruppe von ausländischen Touristen im Februar und März 2003 von der GSPC entführt wurde. Die Streitkräfte antworteten mit einer groß angelegten und äußerst erfolgreichen Militäroffensive. Laut Armeeangaben wurden die Rebellen Anfang 2004 schließlich „ausgemerzt“. Während die Zahl der Todesopfer im Vergleich zu den Vorjahren tatsächlich immer weiter abnimmt, hatte das algerische Militär im Sommer 2004 noch etwa 10.000 Soldaten im östlichen Algerien im Einsatz, um nach versprengten Überresten der Islamistengruppen zu suchen. Im Juli 2004 soll der Anführer der GSPC, Nabil Sahraoui, getötet worden sein. In einem Referendum Ende September 2005 hat sich die algerische Bevölkerung zu über 97 Prozent für eine Amnestie aller während der Unruhen begangenen Straftaten ausgesprochen, was als ein deutliches Voranschreiten des nationalen Versöhnungsprozesses bewertet werden kann. Im September 2006 trat die Amnestie schließlich in Kraft; seitdem haben über 400 Guerilla-Kämpfer die Waffen niedergelegt.

Der Berberaufstand

Obwohl die große Mehrheit der Algerier ihren ethnischen Ursprung im Berbervolk hat, identifizieren sich heute nur noch etwa ein Fünftel mit der Berberkultur. Diese leben zum größten Teil in der gebirgigen Kabylei-Region östlich der Hauptstadt Algiers. Die übrigen 80 Prozent der Algerier verstehen sich als Araber und stellen als solche die sowohl kulturell als auch politisch dominante Gruppe dar.

Parallel zu dem inzwischen abklingenden Bürgerkrieg gegen Islamistengruppen existiert ein zweiter innerer Konflikt zwischen der algerischen Regierung und den Berberstämmen in der Kabylei-Region. Die Unruhen begannen in den frühen 1980er Jahren, als sich die Berber gegen eine von der Regierung verordnete Arabisierungskampagne der gesamten algerischen Gesellschaft zur Wehr setzten und ihre kulturelle Eigenständigkeit forderten.

Obwohl die Regierung unter Präsident Benjedid den Kabylei-Berbern schließlich einräumte, ihre eigene Sprache und Tradition an bestimmten Universitäten und Schulen weiterhin pflegen zu können, ebten die kulturellen Spannungen niemals ganz ab. Im Frühjahr 2001 eskalierte die Situation dann erneut, nachdem ein junger Berber von algerischen Sicherheitskräften auf einer Polizeiwache außergerichtlich hingerichtet wurde. 2002 erklärte das Parlament die Berbersprache Tamazight zur zweiten offiziellen Amtssprache neben dem Arabischen. Der gewaltsame Aufstand der Berber gegen staatliche Einrichtungen in der Kabylei konnte damit allerdings nicht wirklich beruhigt werden. Denn neben der Anerkennung ihrer Sprache und Kultur, fordern die Berber inzwischen vor allem wirtschaftliche und soziale Verbesserungen, wie beispielsweise ein Ende der staatlichen Korruption oder ein Programm zur Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit. Eine Serie von Bombenattentaten gegen Polizeieinrichtungen in der Kabylei, zuletzt im Februar 2007, läßt auf Existenz einer bewaffneten Berbergruppierung in der Region schließen.

Die Lage in Algerien hat sich jedoch seit der Wiederwahl Bouteflikas im April 2004 gebessert. In einer Reihe von Gesprächen zwischen der Regierung und der kabulischen Bürgerbewegung „Arouche“ konnte ein Waffenstillstand vereinbart werden, wobei die Regierung einige Zugeständnisse an die Protestbewegung gemacht hat.

3.4 Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage:

Mit 2.381.741 Quadratkilometern ist Algerien ist das zweitgrößte Land Afrikas nach dem Sudan. Mehr als vier Fünftel des Territoriums besteht allerdings aus Wüste. Algerien grenzt im Westen an Marokko, im Süden an Mali und den Niger und im Osten an Tunesien und Libyen.

Politische Situation in der Region:

Marokko

Algeriens Beziehung zum westlichen Nachbar Marokko ist seit der Unabhängigkeit 1962 angespannt, was nicht zuletzt auf die unterschiedliche ideologische Ausrichtung des „alten Königreiches“ Marokko und der neuen „sozialistischen“ Republik Algerien zurückzuführen ist. Der Konflikt zwischen den beiden Staaten wird insbesondere durch die algerische Unterstützung der Unabhängigkeitsbestrebungen in der von Marokko besetzten Westsahara verschärft. So war Algerien in der Vergangenheit einer der wichtigsten Waffenlieferanten für die Polisario Befreiungsfront. Die Situation eskalierte kurzzeitig 1976, als es zu direkten Zusammenstößen zwischen algerischen und marokkanischen Truppen in der Westsahara kam. Der Konflikt entspannte sich erst im Rahmen der Verhandlungen um die Schaffung einer gemeinsamen Maghreb-Union im nördlichen Afrika Ende der 1980er Jahre. Wohl auch um die vermutete marokkanische Unterstützung der algerischen Islamistengruppen zu beenden, war Algerien zunehmend um eine Normalisierung des Verhältnisses zu Marokko bemüht. 1988 nahmen beide Staaten diplomatische Beziehungen auf. Ein Jahr später wurde eine Reihe von Grenzstreitigkeiten um von Marokko beanspruchte Gebiete im südlichen und westlichen Algerien friedlich beigelegt. Trotz dieser Annäherungen bleiben beide Länder bei ihrer grundsätzlich unterschiedlichen Position bezüglich der Westsahara-Frage, was die 1989 ins Leben gerufene Union des Arabischen Maghreb (UMA) bis auf den heutigen Tag weitgehend paralysiert. Die Grenze zwischen Marokko und Algerien ist nach wie vor geschlossen.

Tunesien

Die Beziehung Algeriens zu Tunesien ist sehr viel weniger problematisch. Beide Staaten sind traditionell eng miteinander verbunden. 1983 schlossen sie ein Verteidigungsabkommen.

Zeitgleich wurde ein über zwanzig Jahre andauernder Disput über den algerisch-tunesischen Grenzverlauf beigelegt. Als kleines, verwundbares Land legt Tunesien großen Wert auf ein strategisches Bündnis mit seinem großen algerischen Nachbarn, um sich vor möglichen libyschen Hegemonialansprüchen in der Region zu schützen.

Libyen

Die Beziehungen zwischen Algerien und Libyen waren aufgrund von ideologischen Gemeinsamkeiten beider Regierungen und den sich daraus ergebenden ähnlichen außenpolitischen Interessen in der Vergangenheit gut und freundschaftlich. Beispielsweise unterstützte Libyen in den 1970er Jahren ebenfalls die Polisario Befreiungsfront in der Westsahara. Die Beziehung erhielt 1984 allerdings einen plötzlichen Dämpfer, als Libyen überraschend erklärte, ein Bündnis mit Marokko geschlossen zu haben. Die Sorge Algeriens um die Unberechenbarkeit libyscher Außenpolitik nahm nach dem gemeinsamen Beitritt zu Union des Arabischen Maghreb jedoch wieder ab, und das Verhältnis beider Länder zueinander verbesserte sich im Laufe der 1990er Jahre. Im Februar 2002 unterzeichneten Algerien und Libyen ein Abkommen über eine gemeinsame Freihandelszone. Libyen plant anscheinend, bis zu 500 Millionen USD in Algerien zu investieren. Dennoch gibt es noch immer einen ruhenden Grenzdisput zwischen beiden Ländern. Libyen beansprucht 32.000 Quadratkilometer Wüste im südöstlichen Algerien.

Union des Arabischen Maghreb (UMA)

Im Februar 1989 gründete Algerien zusammen mit Tunesien, Libyen, Marokko und Mauretanien die Arabische Maghreb Union (Union du Maghreb Arabe: UMA). Oberstes Ziel dieses regionalen Bündnisses ist nicht nur eine gesteigerte wirtschaftliche Zusammenarbeit und politische Integration der Mitgliedstaaten, die zur gemeinsamen Freihandelszone führen soll, sondern auch eine größere politische Kooperation. Letzteres räumt vor allem auch sicherheitspolitischen Fragen einen hohen Stellenwert ein. So beinhaltete beispielsweise bereits der UMA Gründungsvertrag ein regionales Verteidigungsabkommen. Fortschritte im Erreichen der 1989 festgelegten Zielsetzungen sind seither allerdings ausgesprochen mäßig. Der Handelsaustausch zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten ist nach wie vor gering. Beispielsweise betrieb Algerien im Jahr 2000 nur 1,5 Prozent seines Außenhandels mit der UMA. Mit Ausnahme von Libyen fehlte auch der Wille bei den Mitgliedern, eine politische Integration nach Vorbild der Europäischen Union voranzutreiben. Hauptgrund für das mangelnde Interesse am Durchsetzen der UMA-Ziele ist das nach wie vor angespannte Verhältnis zwischen Algerien und Marokko. Seit April 1994 gab es kein UMA-Treffen auf Ebene der Staatsoberhäupter. Zuletzt wurde ein geplanter Gipfel in Algerien im Dezember 2003 auf unbestimmte Zeit verschoben.

Südliches Afrika

Trotz seiner Führungsrolle bei der Gründung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) bleibt Algerien viel enger mit seinen arabischen Nachbarn als mit den afrikanischen Ländern im Süden verbunden. Die Beziehungen sind dennoch im Allgemeinen gut. Grenzstreitigkeiten mit Mali, Niger und Mauritien wurden beigelegt.

Arabische Welt

Trotz seiner geographischen Entfernung zur Region identifiziert sich Algerien offensiv mit den arabischen Interessen im Nahen und Mittleren Osten. Unmittelbar nach der Unabhängigkeit 1962 wurde Algerien Mitglied in der Arabischen Liga. Seither hat es insbesondere den Kampf der Palästinenser gegen Israel massiv unterstützt. Der Staat Israel wird von Algerien nicht anerkannt.

Kommentar:

Unter Algeriens unmittelbaren Nachbarn stellen nur Marokko und Libyen eine potentielle militärische Bedrohung dar. Marokko verfügt zwar in absoluten Zahlen über mehr Soldaten als Algerien, dafür aber auch über weniger schwere Waffensysteme sowie über eine vergleichsweise minderwertige Ausrüstung und Bewaffnung. Libyen hingegen besitzt zwar mehr schwere Waffen als Algerien wie auch Marokko, verfügt dafür aber über sehr viel weniger Soldaten.

Grenzprobleme:

Momentan gibt es keine offen ausgetragenen Grenzkonflikte. Da Libyen ein Teilgebiet der südlichen Wüstenregion in Algerien für sich beansprucht, kann von einem ruhenden Grenzkonflikt mit dem libyschen Nachbarn gesprochen werden. Wegen der anhaltenden Spannungen zwischen Algerien und Ägypten bleibt die gemeinsame Grenze der beiden Staaten bis auf weiteres geschlossen.

Regionale Rüstungskontrolle:

Es gibt keine Abkommen oder Verhandlungen zur regionalen Rüstungskontrolle.

3.5 Bedrohung von Alliierten

3.5.1 Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Im März 2004 bestätigten die Vereinigten Staaten amerikanische Militäraktivitäten gegen „Terroristen“ im südlichen Teil Algeriens. Vermutlich unterstützten bis zu 400 Angehörige amerikanischer Spezialeinheiten die algerischen Streitkräfte bei der Zerschlagung der islamistischen GSPC.

Im Rahmen des von den USA im Jahr 2008 gegründeten neuen militärischen Regionalkommandos Africa Command (AFRICOM), kommt Algerien eine gewichtige Rolle zu, dort unterhalten die USA mittlerweile einen zentralen Kommandostützpunkt. Außerdem befinden sich amerikanische Spezialeinheiten im Rahmen der Trans Saharan Counterterrorism Initiative (TSCT) im nordafrikanischen Raum, um die dortigen Streitkräfte im Anti-Terror-Kampf auszubilden.

Auch die militärischen Beziehungen zu Großbritannien sollen in Zukunft intensiviert und vertieft werden. Im Jahr 2009 unterzeichneten die beiden Staaten einen Pakt über technologische und militärische Kooperation. Neben gemeinsamen Manövern und Ausbildungseinheiten, ist auch die Lieferung verschiedener Ausrüstungsgegenstände im Kontext des Paktes durchaus denkbar.

3.5.2 Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in Algerien 84 Prozent im Jahre 2008, und ist damit im Vergleich zu den Vorjahren beinahe gleichgeblieben. Im Vergleich zu anderen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens, weist Algerien, neben Libyen und Yemen, eine der höchsten Raten der Region auf. Der aus der Technologiepiraterie entstandene wirtschaftliche Schaden belief sich nach BSA Angaben im Jahr 2008 auf geschätzte 96 Millionen US-Dollar.

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2008

3.6 Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Obwohl die algerische Regierung auf Druck der Öffentlichkeit 1990/91 den amerikanischen Waffengang gegen das vom Irak besetzte Kuwait heftig kritisierte, nahmen die Beziehungen beider Staaten keinen ernsthaften Schaden. Ein Grund hierfür ist auch der Militärputsch von 1992, der den demokratischen Wahlsieg einer islamischen Partei verhinderte und einen mehr als zehnjährigen Bürgerkrieg auslöste. Der von den algerischen Militärs fortan proklamierte „Kampf gegen den Terrorismus“ bediente, wie der Politikwissenschaftler Werner Ruf schreibt, „nicht nur alte Klischees und anti-islamische Vorurteile in Europa und den Vereinigten Staaten, er verstand es auch, den durch den Putsch verursachten Bürgerkrieg als eine Art Vorfeld-Verteidigung des Westens durch die sich als Retter säkularer Staatlichkeit präsentierenden Militärs darzustellen.“ (Inamo:35) Alleine zwischen 1998 und 2000 investierten amerikanische Firmen rund vier Milliarden US-Dollar in Algerien.

Frankreich und Europa

Trotz seines Status als ehemaliger Kolonialherr und erbitterter Gegner im achjährigen Unabhängigkeitskrieg unterhält Algerien verhältnismäßig enge Beziehungen zu Frankreich. Dies hat weniger politische als vielmehr kulturelle und wirtschaftliche Gründe. Französisch ist nach Arabisch die zweite Landessprache. Ca. 20 Prozent aller algerischen Exporte und Importe kamen aus oder waren für Frankreich bestimmt. Der 1999 gewählte Präsident Bouteflika ist ganz besonders um ein gutes Verhältnis bemüht. Erstmals in der algerischen Geschichte nahm er 2002 am Gipfel der frankophonen Staatsoberhäupter in Beirut teil. Der Besuch von Präsident Chirac in Algiers im März 2003 war im Gegenzug der erste offizielle Besuch eines französischen Staatsoberhäupters seit 41 Jahren.

Die Beziehungen zur Europäischen Union bleiben insgesamt durchdrungen von einigen Misstönen, werden im Europäischen Parlament doch immer wieder Forderungen nach einer Verbesserung der Menschenrechtslage in Algerien laut. Dennoch wurde im April 2002 ein Assoziierungsabkommen mit der EU in Valencia unterzeichnet.

In den Jahren 2004 und 2005 hatte Algerien einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen inne.

3.6.1 Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status Algerien	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1970	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1973	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1979	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1980	Beigetreten	www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1991	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 1997	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 1999	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2005	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar:

Die außenpolitische Position Algeriens in der internationalen Gemeinschaft wurde zur Zeit des Kalten Krieges vor allem durch die sozialistisch geprägte Ideologie und die damit verbundene Nähe zur Sowjetunion definiert. Als Algerien 1963 die DDR anerkannte, brach die Bundesrepublik gemäß der Hallstein-Doktrin alle diplomatischen Beziehungen ab. Während der 1970er Jahre machte sich Algerien dann vor allem durch die Unterstützung anti-imperialistischer und gewaltbereiter Gruppierungen, wie zum Beispiel die Rote Brigade in Italien oder die Rote Armee Fraktion in Deutschland, im Westen unbeliebt. Allerdings rückten ideologische Motive bereits in den frühen 1980er Jahren immer mehr in den Hintergrund algerischer Außenpolitik und wurden durch eine eher pragmatische Wahrnehmung von Sicherheitsinteressen ersetzt. Hierzu gehörte vor allem auch eine Annäherung an den Westen.

3.6.2 Internationale Kriminalität

Beitritt zu Internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status Algerien	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2000)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2000)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2001)	Beigetreten	http://treaties.un.org

3.6.3 Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status Algerien	Quelle
Völkermord-Konvention von 1948	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch 2009
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1949	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1949 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1977	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch 2009
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 1998	Unterzeichnet	Http://www.un.org/law/icc/
Anti-Korruptions-Konvention von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org

3.6.4 UN- Berichterstattung

Algerien boykottiert, wie die meisten arabischen Staaten, das UN-Waffenregister. Hintergrund hierfür ist vor allem die nicht vorgesehenen Angaben über Massenvernichtungswaffen, die im Hinblick auf Israel für die arabischen Staaten von großer Bedeutung sind. Auch im Rahmen der Berichterstattung über Militärausgaben an die Vereinten Nationen übermittelt Algerien keine Angaben.

3.7 Unerlaubte Wiederausfuhr

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da beispielsweise Informationen über einschlägige Gesetze oder authentifizierte Endverbraucher Zertifikate schlichtweg nicht erhältlich sind. Aus der Vergangenheit sind jedoch keine Fälle einer unerlaubten Wiederausfuhr von Rüstungsgütern bekannt.

3.8 Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (Stand: März 2009):

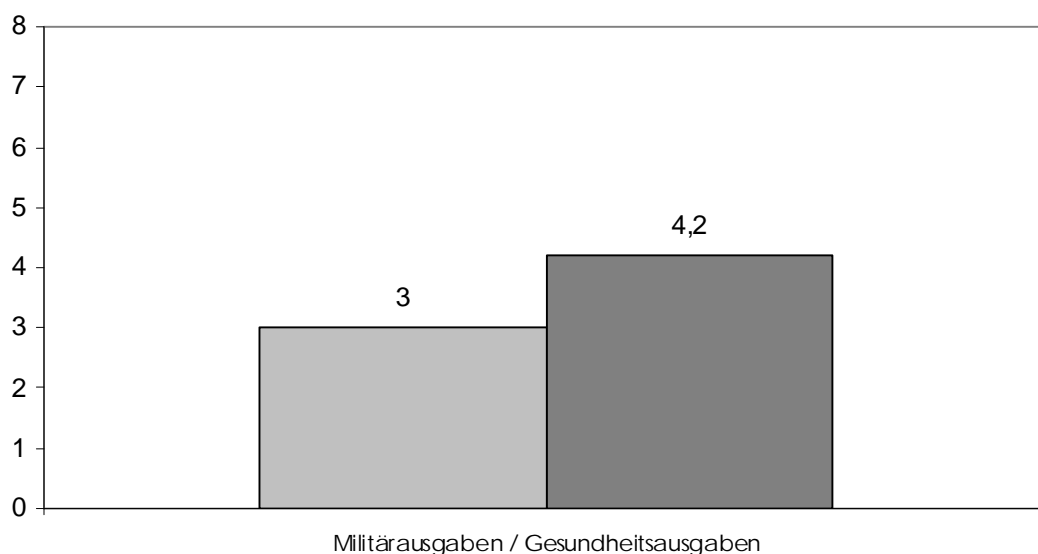
Bestimmend für die algerische Wirtschaft sind Förderung und Export von Erdöl und Erdgas. Der Erlös aus dem Energieexport steht für rund 97,5 Prozent der Deviseneinnahmen und rund 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. .

Dank des hohen Ölpreises verzeichnet Algerien seit Jahren sehr gute makroökonomische Daten. Die Wachstumsrate des Landes lag nach der Jahrtausendwende mehrere Jahre bei über fünf Prozent. Wie 2007 konnte Algerien auch 2008 mit rund drei Prozent nicht an die hohen Wachstumsraten der Vorjahre (bis einschließlich 2005) anknüpfen.

Zum Jahresende 2008 sind die Devisenreserven auf etwa 140 Mrd. US-Dollar angestiegen. Durch konsequente vorzeitige Rückzahlung gegenüber den Mitgliedern des Pariser Clubs konnte die Auslandsverschuldung bis Ende 2008 auf rund 3,9 Mrd. US-Dollar reduziert werden. Die Inflation lag 2008 bei 4,4 Prozent. Die OECD hat die Risikokategorie für Algerien im April 2005 von 4 auf 3 verbessert.

Quelle: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Algerien/Wirtschaft.html>

Schaubild 5: Vergleich Anteile Militärausgaben und Gesundheitsausgaben am algerischen BIP/GDP in Prozent



Quellen:

SIPRI Jahrbuch 2009 (Militärausgaben)

WHO, World Health Statistics 2009 (Gesundheitsausgaben)

Tabelle 7: Absolute Auslandsverschuldung und Anteil am BIP 2004-2008

	2004	2005	2006	2007	2008
Auslandsverschuldung	22935	16862	5539	5217	-
Anteil am BIP (in Prozent)	26,0	16,4	4,9	4,1	-

Angaben in constant Mio. US\$ (2005)

Quelle: Weltbank, World Development Indicators

Kommentar:

Die Gefahr, dass in Ägypten unverhältnismäßig hohe Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen ist definitiv gegeben, wenn sich der derzeitige Trend fortsetzt. Die Truppenstärke der Streitkräfte wurde 2008 spürbar erhöht und auch die Militärausgaben sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen. 2007 flossen rund 16% des Staatshaushaltes in Militärausgaben, deutlich mehr wie beispielsweise im Nachbarstaat Ägypten (2007; 8,4%).